

Bezugspreis:

Monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1.80 Mk., halbjährlich 3.60 Mk., jährlich 7.20 Mk.

Der "Vorwärts" erscheint wochentlich zweimal Sonntag, einmal.

Telegraphische Adresse:

"Sozialdemokratischer Vorwärts".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 21. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Aufhebung der Hungerblockade.

Bisher 114 Sozialdemokraten und 19 Unabhängige gewählt.

Hann., 21. Januar. Holländisch Ricebureau meldet aus Washington: Fortan werden, wie die amerikanischen...

Die Friedenskonferenz wird eine Kommission ernennen, die familiäre Verträge und Uebereinkünfte erhalten soll...

Die Blockade ist mit Rücksicht auf die Nahrungsmittelknappheit in Deutschland rückgängig gemacht worden, jedoch einstweilen nicht auch für Handelsware...

Entgültige Ergebnisse.

Berlin, 21. Januar. Nach den vorläufigen nichtamtlichen Meldungen können bis heute mittag um 12 Uhr als gewählt gelten: 274 Abgeordnete zur Nationalversammlung aus 24 Kreisen...

Teltow-Beeskow.

Bisher wurden abgegeben: Ober 313 600, Juchel 188 025, Dornburg 182 358, Teuch 115 800, Rahl 94 900, Schönborn 34 193, 22 kleinere Orte fehlen noch.

Niederbarnim.

Mittel 33 096, Brühl 63 119, Bodnide 30 034, Wehrens 19 260, Zech 7483, Karczyn 20 178, ungültig 557, Abgegebene Stimmen 243 627.

Aus dem Reiche.

Rhein.

Das vorläufige Wahlergebnis für Rhein beträgt: S. P. D. 113 615, Zentrum 113 420, deutschnationale Partei 33 364, deutsche Volkspartei 16 470, deutschnationale Volkspartei 8744, Unabhängige 4197.

Köln.

Nach dem endgültigen Wahlergebnis für Köln haben S. P. D. 13 131, Zentrum 48 639, demokratische Partei 7026, deutsche Volkspartei 4058, deutschnationale Volkspartei 2629, Unabhängige 6636 Stimmen.

Ost-Sachsen.

Das vorläufige Gesamtergebnis für den 28. Wahlkreis Ost-Sachsen stellt sich wie folgt: S. P. D. 360 080 (nicht, wie Wolff gestern irrtümlich meldete, 30 000), demokratische Partei 124 319, deutsche Volkspartei 90 631, deutschnationale Volkspartei 83 051, Unabhängige 29 212, christliche Volkspartei 14 054.

Damit sind nach vorläufiger Feststellung im 28. Wahlkreis Ost-Sachsen gewählt: 7 Sozialdemokraten, und zwar Schriftführer Dr. Gradnauer, Arbeiterssekretär Volz, Parteisekretär Kahmann, Hausfrau Ernesine Luhe, Gewerkschaftsbeamter Magnus Haack, Redakteur Richard Schmidt und Redakteur Hermann Krähig; 2 Demokraten, und zwar Minister a. D. Kaufmann Rittsche und Hauptkassierer Steinsdorf; 2 Deutsche Volksparteiler, Staatsminister a. D. Heinze und Staatsminister a. D. Koch; 1 Mitglied der deutschnationalen Partei, Ober-Konfistorialrat Dr. Kolpach. Demnach sind in allen drei Wahlkreisen der sächsischen Republik nach vorläufigem Ergebnis gewählt: 17 Mehrheitssozialisten, 8 Deutsche Demokraten, 4 deutschnationale, 2 Deutsche Volksparteiler, 3 Unabhängige Sozialisten.

Dresden-Stadt.

(Amtliches Wahlergebnis): Es erhielten S. P. D. 161 076, U. S. P. 631 Stimmen (1), die Deutsch-demokratische Partei 47 090, die deutschnationale Volkspartei 30 878, die Christliche Volkspartei 42 976.

Frankfurt a. Main.

(Teilergebnis aus 232 Bezirken, 10 kleinere Bezirke fehlen noch aus.) S. P. D. 105 379, U. S. P. 19 671, Deutsche demokratische Partei 58 050, Christliche Volkspartei 27 775, Deutsche Volkspartei 20 656, deutschnationale Volkspartei 10 325.

Bremen-Stadt.

(Endergebnis der 120 Bremer Bezirke.) S. P. D. 69 489, U. S. P. 30 123, Deutsche demokratische Partei 55 544, deutschnationale Volkspartei 6067, Christliche Volkspartei 2380, Deutsche Volkspartei 451, Deutsche hannoversche Partei 334, ungültige Stimmen 398.

Oppeln.

(Vorläufiges Endergebnis.) S. P. D. 216 897 (3 Abgeordnete), Christliche Volkspartei 321 300 (8 Abgeordnete), deutschnationale Volkspartei 47 544 (1 Abgeordneter), Deutsche demokratische Partei 45 632 (1 Abgeordneter), U. S. P. 32 617.

Schleswig-Holstein und Fürstentum Lauenb.

(Endergebnis. Es fehlt nur der Kreis Oldenburg.) S. P. D. 361 466 (8 Sitze), U. S. P. 26 655 (0 Sitze), Deutsche demokratische Partei 219 047 (3 Sitze), Deutsche Volkspartei 61 404 (1 Sitz), Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie 56 517 (1 Sitz), deutschnationale Volkspartei 55 067 (1 Sitz), Christliche Volkspartei 5032 (0 Sitze).

Hannover-Hildesheim, Lüneburg, Braunschweig.

(Vorläufiges Wahlergebnis.) Es fehlen noch 72 Bezirke, darunter auch Braunschweig-Stadt. S. P. D. 510 411, U. S. P. 55 611, Vereinigte Deutsch-hannoversche Partei und Christliche Volkspartei 208 574, Deutsche demokratische Partei 141 769, Deutsche Volkspartei 103 322, Braunschweigischer Landeswahlverein 39 788, deutschnationale Volkspartei 39 503.

Niederbayern-Oberpfalz.

(Vorläufiges Wahlergebnis.) Es entfallen: 5 Sitze auf die Bayerische Volkspartei (Dr. Heim, Stäpfer, Schürmer, Dr. Laucher, Schäffler), 2 Sitze auf die Mehrheitssozialisten (Wurgau, Holl), 2 Sitze auf den Bayerischen Bauernbund (Gaudorfer, Männer).

Sachsen.

29. Wahlkreis. Gewählt sind: S. P. D. 2, Bismarck-Beipziger-Lütlich-Beipziger; U. S. P. 3, Seger-Beipziger, Friedr. Seger-Beipziger, Dr. Kurt Geiger-Beipziger; Deutsche demokratische Partei 2, Dr. Köppler-Beipziger, Schneider-Beipziger; deutschnationale Volkspartei 1, Dr. Philipp-Borna bei Beipziger.

30. Wahlkreis. S. P. D. (Koske) 513 744 (8 Abgeordnete), Deutsche demokratische Partei (Wobaus) 187 516 (8 Abgeordnete), deutschnationale Volkspartei (Wiener) 116 509 (1 Abgeordneter), U. S. P. (Jödel) 55 794, Zentrum (Koske) 3600.

Rheinpfalz.

Nach vorläufigen Ergebnissen aus den drei rheinpfälzischen Wahlkreisen werden erhalten Bayerische Volkspartei 15, Sozialdemokraten 14, Deutsche Volkspartei und Bauernbund je 4, Nationalliberale und Unabhängige je 1 Mandat.

Ursberg, westl. Westfalen.

Vorläufiges Ergebnis aus dem 18. Wahlkreis (Regierungsbezirk Ursberg): Unabhängige 92 909, Deutsche demokratische Volkspartei 133 347, Zentrum 434 310, Mehrheitssozialisten 678 862, Deutsche Volkspartei 217 058 Stimmen. Einige Wahlbezirke fehlen noch aus.

Nach diesem Ergebnis fallen auf die Sozialdemokraten 7, Zentrum in Verbindung mit der Deutschen Volkspartei 7 (Zentrum 5, Deutsche Volkspartei 2), auf die Deutsche demokratische Partei 1 und auf die Unabhängigen 1 Mandat.

Thüringen.

36. Wahlkreis: S. P. D. 365 565 (8 Sitze), Demokraten 238 579 (4 Sitze), deutschnationale Volkspartei 163 099 (3 Sitze), U. S. P. 240 242 (3 Sitze), Christliche Volkspartei 52 141 (1 Sitz), Sozialdemokraten und Christliche Volkspartei haben verbundene Sitze.

Berlin als Industriestadt.

Von Hans Dominik.

Ist Berlin auch weiterhin als Industriestadt lebensfähig und existenzberechtigt? Aus all dem Wirrwarr der letzten Wochen hebt sich immer deutlicher diese Frage hervor. Bevor wir eine Antwort darauf zu geben versuchen, wollen wir aber zunächst einmal die Verhältnisse untersuchen, die das Berlin der Kaiserzeit und vorher schon die Hauptstadt der preussischen Könige zu einem Industriezentrum ersten Ranges gemacht haben.

Berlin besitzt keinerlei Bodenschätze, die unmittelbar den Anstoß zu irgend einer Industrie geben könnten. Während wir in Bitterfeld immerhin schon Kohle und darunter Braunkohle finden, während die Industrie Oberschlesiens und des Ruhrgebiets unmittelbar durch die Schätze jener Gegenden an Kohle, Eisen und Zinnober bedingt ist, finden wir in Berlin nur den märkischen Sand, und jedes Stück Metall, jeder Korb voll Kohlen muß von außerhalb herangebracht werden. Das Land zwischen Köpenick und Potsdam ist arm, es bedarf jeder natürlichen Vorbedingung für eine Industrie, und wenn hier trotzdem bis zum Niederbruche des alten Deutschen Reiches eine große und leistungsfähige Industrie ansetzte, so ist dies auf andere und ganz besondere Ursachen zurückzuführen.

Zwei Gründe sind es vornehmlich, welche die Berliner Industrie so lange gestützt und lebensfähig gemacht haben: einmal der Umstand, daß Berlin bisher der Sitz der bestellenden Zentralbehörden war, und zweitens die Tatsache, daß die Berliner Arbeiterschaft bezüglich ihrer Intelligenz und Leistungsfähigkeit an der Spitze der deutschen Arbeiter stand, daß ihre Leistungen im Verhältnis zur Entlohnung hervorragend gute waren.

Der an erster Stelle genannte Umstand verdankt seine Entstehung gewissermaßen der historischen Entwicklung Berlins. Seit der Zeit der Hohenzollernischen Kurfürsten häufig, seit derjenigen der preussischen Könige ständig, fand sich in Berlin eine Hofhaltung, die mit ihren Bedürfnissen und Ansprüchen sehr bald einen Stamm tüchtiger Handwerksmeister aus allen Teilen des Reiches heranzog und dauernd in Nahrung setzte. Als daher die preussischen Könige daran gingen, die ersten Industrien im Lande selbst anzufertigen, schenken ihnen Berlin mit seinem intelligenten und arbeitsamen Handwerkerstand hierfür schon der geeignetste Ort. So entstanden bereits im 18. Jahrhundert in Berlin Ludolfabriken, Porzellanmanufakturen, Gewerksfabriken und dergleichen mehr, immer noch unmittelbar abhängig vom preussischen Königs Hof. Im neunzehnten Jahrhundert schlug dann recht eigentlich die Stunde der Privatindustrie. Die Werke von Gabel, Vorfis und Sätwartkopff, diejenigen von Siemens und Solaks und der A. G. entstanden und tausend andere kleine Betriebe folgten danach. Alle diese aber reflektierten andererseits auf die Eigenschaft Berlins als Residenzstadt, als die Stadt, in welcher die bestellenden Behörden der Eisenbahnen, der Telegraphenverwaltung, der Post, des Landheeres und der Marine ihren Sitz hatten, und sie stützten sich ferner auf die vorhandene fleißige und intelligente Arbeiterschaft. Nach dem Jahre 1848 trat der Königs Hof mit seinen direkten Bestellungen naturlicherweise in den Hintergrund. Dafür aber gewöhnten zunächst die preussischen Ministerien und weiterhin die Staatssekretariate des Deutschen Reiches reichlichen Erlös. Es war so überaus bequem für die mannigfaltigen Industriewerke, diese Behörden am gleichen Orte zu haben, und so wuchs die Berliner Industrie auch unter dem konstitutionellen Königtum und im neuen Deutschen Reiche stetig weiter.

Schon längst reichten nun für die neuankommenden Werke die alten einoclassigen Handwerkerfamilien nicht mehr aus. Unauswählbar lag das rasch wachsende Berlin die überflüssige Bevölkerung des platten Landes vor weislich auf. Aber diese Pöndarbeiter brachten die niederere soziale Arbeiterart mit sich. Sie wurden weiterhin durch die altanständige Berliner Arbeiterbevölkerung umgeben, in der seit der Aufnahme der französischen Revolution ein fröhlicher französischer Einfluß lebendig war. So entstand von 1870 an jene Berliner Arbeiterbevölkerung, die zwar ein notüberartenes Mundwerk, aber daneben Verstand und Fleiß besaß. Eine Arbeiterbevölkerung, die sich intellektuell weit über die Industriearbeiter, etwa des Saarwaldes oder des sächsischen Vorkamms, erhob. Eine Arbeiterbevölkerung, die zwar ihre politischen Rechte allen

Unterstützung zum Trost beizubringen, mit der aber ein weißlicherer Nachdruck noch viel mehr schaffen konnte, als mit der schmerzlichen Realität der Provinz.

Das sind also die beiden Hauptfaktoren, denen die Berliner Industrie ihre Größe verdankt. Nicht nur einer von ihnen, der Zentralität der Behörden in Berlin oder der Nähe der Berliner Arbeiterkraft, so bricht Berlin als Industriestadt zusammen. Aber selbst wenn Berlin Reichshauptstadt und Sitz der wichtigsten bestehenden Behörden bleibt und wenn Intelligenz und Fleiß der Arbeiterkraft in allem Maße weiter bestehen bleiben, wenn aber die Berliner Arbeiterkraft dauernd Anstöße erhebt, welche die Leistungsfähigkeit der hiesigen Werke und insbesondere ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt herabsetzen, dann ist es mit der Berliner Industrie aus vorbei. Hat aber Berlin als Industriestadt keine Existenzberechtigung mehr, so sinken wir in trostlosen Nahrungstücken wieder zu der Mittelstadt herab, die Berlin bis etwa 1866 gewesen ist. Und dies Sinken wird viel schmerzlicher sein, als wir es uns heute ausmalen vermögen. Ganze Stadtviertel werden kann im Laufe von Jahrzehnten veröden und verfallen. Milliardenwerte an Gebäuden und Grund und Boden werden verschwinden, und bleiben wird ein kleineres, ärmeres und höfliches Berlin. Das ist die Perspektive, wenn Berlin seine Lebensfähigkeit als Reichshauptstadt und gleichzeitig als erster Industriestadt Deutschlands einbüßt.

Wollen wir diese unheilvolle Entwicklung vermeiden, so müssen erstens sämtliche Reichsbehörden auch in der Deutschen Republik in Berlin bleiben. Jedem Versuche, eine neue Reichshauptstadt etwa in Weimar oder Leipzig zu gründen, muß von Berlin aus von Anfang an entschieden und scharf entgegengetreten werden. Weiter aber muß die Berliner Arbeiterkraft sich wieder erinnern, daß es ohne angelegte und intensive Arbeit nicht geht. Nachdem wir hienieden Jahre Krieg geführt, d. h. absolut unproduktiv gelebt haben, kommt es am Ende auf drei weitere Monate nicht an. Aber nachdem die Nationalversammlung berufen und die junge Republik damit unter Dach und Fach gebracht ist, muß jeder Berliner Arbeiter wohl daran denken, mit ganzer Kraft an seine Arbeit zu gehen. Denn nur durch intensive, zielbewusste Arbeit können wir alle unser deutsches Reich wieder in die Höhe bringen und unsere schöne Hauptstadt vor dem traurigen Schicksal des Niederganges und der Verödung bewahren.

Die Kämpfe in Posen.

Deutsches Vorderin.

Fromberg, 21. Januar. Infanterieregiment 14 nahm gestern nachmittags in Posens Westwall-Gasse und Gasse und Turm Angriffe polnischer Banden am 20. Januar abends gegen die Posener Festung an. Der Kampf verlief nachteilig für die Deutschen. Die Posener Festung wurde durch die Polen aus Besatzung, erbeuteten drei Maschinengewehre und machte neun Gefangene.

Parteitag der Unabhängigen.

Die Zentralleitung der U. S. V. hat zum 1. Februar einen Parteitag nach Berlin einberufen. Die Tagesordnung ist folgendermaßen festgesetzt:

1. Geschäftsbericht der Zentralleitung. (Berichterstatter: Luis Biehl.)
2. Bericht der Kontrollkommission. (Berichterstatter: Wilhelm Döhl.)
3. Die Aufgaben der U. S. V. a) Programm, b) Taktik, c) die Tätigkeit des Proletariats. (Berichterstatter: Hugo Gasse.)
4. Die Organisation der Partei. (Berichterstatter: Wilhelm Dittmann.)
5. Wahl der zentralen Parteiführer.

Die Einigkeit ist bekanntlich schon 1917 vom Würzburger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie gefordert, von den Unabhängigen aber mit Hohn und Spott abgelehnt worden. Auch heute denken sich viele Unabhängige die Einigkeit noch so, daß die Mehrheit alle persönlichen und sachlichen Fragen ganz einfach nach dem Diktat der Minderheit regelt.

Veider sind die Gegensätze in diesem Augenblick größer, die Leidenschaften stärker aufgepeitscht denn je. Eine Milderung wäre nur denkbar, wenn sich eine grundsätzliche

Annäherung zwischen den beiden Parteien vollzöge, und diese ist wiederum nur dann denkbar, wenn die U. S. V. die demokratische Methode im Kampf um das sozialistische Endziel als die einzig zulässige und zweckmäßige anerkennt. Wahrscheinlich wird es auf dem Parteitag sehr scharfe grundsätzliche Auseinandersetzungen geben, und dann wird sich zeigen, ob die U. S. V. sozialdemokratisch oder bolschewistisch sein will. Nicht nur für sie selbst, sondern für die Gesamtheit der Arbeiterbewegung hängt davon außerordentlich viel ab.

Preußens Widerstand gegen den Entwurf der neuen Reichsverfassung.

Gegen den heute veröffentlichten Entwurf einer neuen Reichsverfassung sind, wie die „P. T. N.“ erfahren, von preussischer Seite recht erhebliche Bedenken geltend gemacht worden. Das preussische Ministerium des Innern hat zu morgen (Mittwoch) Vertreter verschiedener Ressorts zu einer Vorbesprechung eingeladen. Das preussische Staatsministerium in seiner Gesamtheit wird am Freitag dazu Stellung nehmen. Insbesondere richtet sich die Kritik gegen die Bestimmung, daß einzelne Landesstaaten das Recht erhalten sollen, sich von ihren Eingekerkerten loszulösen und durch Volksabstimmung einen neuen Staat zu bilden.

Die Hamburger Wirren.

Mitteilung Kaufmanns.

Hamburg, 20. Januar. In der heutigen Sitzung des großen Arbeiterrates, die sich im Verlauf der Demonstrationen am Sonntag vor acht Tagen mit der Ausscheidung der Schläger zum Ausschuss des Arbeiterrates zu befassen hatte, wurden Schreiben des jetzigen Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates Dr. Jansen und des Mitgliedes der Exekutive Dr. Herz verlesen, worin beide ihren Rücktritt mitteilen, weil alle bisherigen Sicherheitsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sowie alle Vorkehrungen ohne ihr Vorwissen und über ihre Köpfe hinweg vom Soldatenrat und Polizeipräsidenten angeordnet seien. Die vom Reinerausschuss (sogenannter Einigungsausschuss) oder sozialdemokratischen Parteien vorgeschlagene Maßnahme wurde angenommen. Alle über 16 Jahre alten Arbeiter und Angehörigen der Arbeiter- und Soldatenräte sind wahlberechtigt. Die Wahl erfolgt geheim, direkt. Auf je 600 Angestellte eines Betriebes entfällt ein Mitglied zum Arbeiterrat. Angehörige der freien Berufe und selbständige Gewerbetreibende werden von ihren Organisationen ernannt. Die anfänglich vorgesehene Verhältniswahl kommt nicht mehr in Betracht.

„Dress- und Wahlfreiheit“ in Leipzig.

Der Reichsleitung ist folgender Brief von unserer Leipziger Partei überandt worden, der gleichzeitig auch uns übermittelte wurde:

Freitag, den 17. d. M., mittags 1/2 Uhr: bewegte sich ein Zug Arbeiter durch die Königstraße und machte Halt beim Gebäude der „Freien Presse“, in dem das Unternehmen unserer Druckerei, die „Freie Presse“, sich befindet. Ein Trupp von einigen hundert Mann zog in das Gebäude und verlangte die Einstellung des Betriebes, wobei sie eine Anzahl Stimmzettel zur Erde warfen und sie zu vernichten suchten.

Der Geschäftsführer Genosse Hallup, verlangte von den Eindringlingen, von wem sie die Berechtigung hätten, ein solches Verlangen zu stellen. Sie erklärten, daß sie dies nicht brauchten, sie die Arbeit still zu setzen, wenn sie das Recht hätten.

Der Unterzeichner wurde sofort benachrichtigt, schickte sich mit der Polizei in Verbindung, die erklärte, nicht eingreifen zu können, da dies Sache des Arbeiterrates und Soldatenrates sei. Sofort wurde dieser von dem Vorgang ebenfalls in Kenntnis gesetzt, aber auch dieser sah es nicht für notwendig an, einzuschreiten. Nach vergeblichen mehrmaligen Anrufen des Arbeiter- und Soldatenrates haben wir uns entschlossen, weiter zu drucken, und die Zeitung herauszugeben.

Während des Druckes erschienen abermals Wordrungen und verlangten die Einstellung des Betriebes mit der Drohung, wenn dies nicht geschähe, weiteres folgen würde.

Während dessen drangen Scharen von den Demonstrationen in das in diesem Hause sich befindliche Bureau des nationalen Wahlbureaus ein und warfen alles, was da war, auf die Straße, Flugblätter, Stimmzettel usw. und verbrannten es, zum Teil gleich an

so bekannt der Schöler gesunde Phantasieausübung, auch der geistige Schwadron wird zum Lesen angeregt und bekommt urbane ein Verlangen nach kühlerer Teilnehmung mit guten Büchern in seinen freien Stunden. Die Zeit ist für die Jugend der Großstadt auch bei reichlicher Beschäftigung in Spiel und Sport noch lang, und daß sie sie auch zum Lesen verwenden will, das zeigt ihr Verlangen nach dem Buch.

In dieser Zeit der richtigen Stoffe zu finden ist noch schwieriger als solche für die Schule auszuwählen. Eltern und Lehrer beachten hier die gleichen Fehler. Sie halten für die Jugend die lehrhaften und erbaulichen Bücher am geeignetsten, die Lehrer, um ihren Schülern möglichst viel mit ins Leben hinaus zu geben, die Eltern, um die oft im ersten strengen perläufigen Erziehungsarbeit auf bequemere Art zu erleichtern. Diese guten Bücher, wenn sie verständlich, kindergemäß erhalten, wenn der Stoff plastisch herausgearbeitet, gewandt geschrieben, kurz, von einem schöngeistig behandelten Verfasser dargestellt ist, sind für die lernende Jugend von großem Werte. Aber Bücher mit diesen Eigenschaften sind es viel weniger, als man glauben möchte, und die meisten aller bestehenden Jugendbücher sind unglücklich geschrieben. Ein großer Teil derselben wird wohl in der besten Meinung gefaßt, die Bibliothek sind unvollständig von dieser Welt, aber gelesen werden sie meistens nicht. Wie, sollte es uns wundern? Die Anreden und Tadeln unserer Zeit sind durch die Schule mit Beharrlichkeit überfüllt, die Lesart ist schwer und erfordert gesammelte Kraft, scharfes Denken und großes Aussehen. Das ist von der Jugend zu viel verlangt. Die wenigsten sind hoch der Erziehung, die sich selbst durch Bücher belehren, und jene, die es tun, haben ausschließlich ganz feste greifbare Ziele mit dem Selbststudium im Auge.

Die Schundliteratur zeigt uns noch mancher Richtung, was unsere Jugend lesen will. In erster Linie ist es viel Handlung und reiches Geschehen, sowohl in ihrem Erfahrungsreichtum und ihrer Kraft als in dem Charakter der Handlung und reiches Fortschreiten der Ereignisse ist dem Schundroman der Jugend angepaßt, seine intime und ausführliche Charakterisierung versteht sie nicht und ist geneigt, sie zu überflüssigen, als es wieder „schöner kommt“. Die gute Sprache erfaßt sie oft wunderbar schnell; denn Sprache ist auch ihre wichtigste Lebensbedingung, die sie in der letzten Lesen der Ereignisse sieht. Wenn ich oben von der Reinlichkeit gesprochen habe, so meine ich mehr die farbigen Einzelheiten des äußeren Verlaufes der Handlung als die freie Darstellung psychologischer Motive. Diese Literatur zu finden, ist nicht kleine Arbeit und wir müssen sie den berühmten Arbeitseinsparern zuweisen; denn die Einzelarbeit ist viel zu wenig ausgiebig. Die Jugend-leserliteratur hat hohen brauchbare Bücherlisten aufgestellt, aber damit ist nicht alles getan. Wollen wir der Jugend wirklich helfen, so muß besonders die Lehrerhaft diese Listen studieren und becon

Ort und Stelle. Nachdem drängen dieselben Leute in das Wahlbureau unserer Partei in der Königstraße und räumen auch dort alles aus, was sie vorfinden, circa 50000 Flugblätter mit Stimmzettel und verbrannten es gleichfalls auf der Straße.

Nach wiederholten Anrufen des Arbeiter- und Soldatenrates gelang es dem Unterzeichneten, den Vorsitzenden Seeger zu erreichen und ihn zu erklären, daß wir die U. S. V. verantwortlich machen würden, wenn nichts unternommen würde gegen die Blünderung.

Endlich nach 5 Uhr erschien Seeger und erkundigte sich an Ort und Stelle nach dem Tatbestand.

Von dem Unterzeichneten, Genossen Hagen, wurde er befragt, was er zu tun gedenke, damit 1. die Zeitung weiter erscheinen könnte, 2. eine weitere Blünderung verhindert werde und 3. wie er sich zur Wahl selbst stelle.

Zur Frage 1 erklärte er, daß der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen habe, daß alle Zeitungen erscheinen sollen, so 2 für die Blünderung sei er nicht verantwortlich zu machen, es würde aber Vorstöße getroffen, daß es vermieden würde und zu 3 schickte er sich aus, so daß von einer Sicherheit durch die Maßnahmen, die der Arbeiter- und Soldatenrat scheinbar bieten will, kaum die Rede sein kann.

Gewillt die kurze Darstellung der Vorgänge, die die sozialdemokratische Partei betreffen.

Eingesehen wollen wir, daß außer diesem Vorkommnis alle Wahlbureau der anderen Parteien, außer der U. S. V., in gleicher Weise gekürrt worden sind, so die Druckereien, in denen Stimmzettel für die Parteien hergestellt wurden. Alles Material, was die Helden in die Hände bekommen, wurde vernichtet, sowie allen Zeitungen, außer der „Leipziger Volkszeitung“, das Erscheinen unterlag. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ sind auch heute noch weiter gesperrt, ohne daß der Arbeiter- und Soldatenrat etwas unternommen hat bis zur Stunde.

Heute, Sonnabend, den 18. Januar, wurden umgibt veranlaßt, indem Plakate von den Kommunisten gezogen wurden mit der Forderung: „Hinweg mit der Regierung Ebert-Scheidemann“, Bewaffnung des Proletariats und Festnahme von Geiseln, was zum Teil bereits geschehen.

Der Hungertod in Deutschland.

509 000 Todesfälle.

Ist genau festgestellt worden. Die Zahlen sind weit höher als bisher angenommen wurden. Es hat sich das erschreckende Resultat ergeben, daß mehr als 509 000 Todesfälle allein auf die Lebensmittelmangel zurückzuführen sind. Die Feststellungen sind mit der größten Vorsicht getroffen worden, und die Endsumme ist eher zu klein als zu groß.

Die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung.

Die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung finden am nächsten Sonntag statt. Da der Entwurf der deutschen Reichsverfassung, dessen Inhalt mir im Morgenblatt niedergegeben, eine Regelung Preußens in Aussicht nimmt, dürfte die preussische Nationalversammlung nur ein Probatorium werden; an ihre Stelle werden die Nationalversammlungen der auf preussischem Gebiet zu bildenden Freistaaten treten, die dann ihre Verfassung im Rahmen der Reichsverfassung zu regeln haben werden.

Die gewaltige Bedeutung der preussischen Nationalversammlung besteht darin, daß sie betonen sein wird, diesen notwendigen Übergangsprozess so reibungslos wie möglich zu gestalten. Dazu bedarf sie einer Mehrheit, die fest auf dem Boden der Republik und der Demokratie steht und preussisch-partikularistischen Einflüssen unzugänglich ist. Eine Ueberrumpelung durch die reaktionären sogenannten „Volksparteien“ könnte für das Ganze die schwersten Erschütterungen zur Folge haben.

Es muß darum dafür gesorgt werden, daß die Sozialdemokratie in der preussischen Nationalversammlung noch stärker wird als in der deutschen Nationalversammlung. Die Genossinnen und Genossen müssen sich deshalb an die Arbeit machen, um am nächsten Sonntag möglichst ein noch besseres Ergebnis zu erzielen, als es am vergangenen erzielt worden ist.

Die Demokratie wird das Volk daran gewöhnen, sich öfters zu Wahlen und Abstimmungen zu versammeln, als

Bücher kennen lernen und wieder auswählen? Der Lehrer von heute, bis vierzehnjährigen z. B. muß unbedingt die seinen Schülern angemessene beste Literatur kennen, im ganzen und im einzelnen, er muß deren Früchte im Unterricht auswerfen und durch Vereinfachung derselben zum Lesen anregen. Eine mühsame, aber dankbare Arbeit, die seinen Schülern sowohl in der Förderung der geistigen Reife und des gewandten Denkens, wie auch besonders in der Fähigkeit des selbständigen mündigen und schriftlichen Gedankenausdrucks zugute kommt. Je mehr sich auch Eltern dazu anrufen und Zeit gewinnen können, die Bücher ihrer Mädchen und Knaben zu lesen oder wenigstens darüber mit denselben zu reden, desto mehr richtet sich das Interesse auf das von uns gemeinte gute Jugendbuch auch beim intensiver Beobachten oder Scherzreden und nicht-schulischen Augenblicken. Auch für Größe und Umfang des Jugendbuches gibt uns das Schundbuch Hingeweise. Die kleinen Portionen im 32 Seiten kleinen Heft sind dem Jungen zuträglicher als viele Bände.

Bei allem Eifer in der Anschaffung guter Bücher wird man aber übermäßiges Lesen vermeiden müssen. Am allernäheren werden betrübliche Eltern, Lehrer und Lehrerinnen lohnende Vorklärer und Bücherfreier nicht hervorzubringen wollen: sie taugen für das praktische Leben weniger als die Nichtleser, sind Forder, Träumer und ungewandte Menschen.

Notizen.

— Betriebswissenschaften. Unter diesem Titel hat Dr. Georg Sinner einen technisch-literarischen Führer zusammengestellt, der im Selbstverlag des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin N.W. 7, Sommerstraße 4a, erschienen ist. Unter etwa 80 Schlagworten sind die wichtigsten Bücher und Aufsätze der in- und ausländischen technischen und wirtschaftlichen Fachwissenschaften, die während der letzten zehn Jahre erschienen sind, nach Verfasser, Titel, Jahr und Umfang sowie mit einer kurzen Inhaltsangabe unter hoher Berücksichtigung der Kriegserfahrungen angeführt. Das Buch kostet 2.75 M.

— Theater. Am kleinen Theater kann die Uraufführung von „Tabula rasa“ erst am 24. Januar stattfinden. Neben „Mittwoch“ gelangt „Nacht und Nebel“ und am Donnerstag „Gewaltige Jacob“ zur Aufführung.

— Vorträge. Margarete Wasthke veranstaltet am 26. Januar im Meisteraal, Köthener Str. 38, nachmittags 3 Uhr, eine Vorlesung sozialer Dichtungen von Dr. Arnold Schickel. Die Vorträge gibt Friedrich Kourner. — Dr. Ardenhold wird am Mittwoch, 8 Uhr, in der Treptowhermanns über neue astronomische Forschungen.

Bildet die Lesebücher um!

In der Schmid-Broschüre „Lesebücher. Das neue Deutschland in Geschichte und Unterricht“ läßt Hans Richter ein Heft über „Die Zukunft des Jugendbuches“ (Leipzig, Verlag Zeit u. Co.) erscheinen, worin Ludwig Oppinger das Thema „Jugendbücher und Schundliteratur“ erörtert. Er kommt auf die Schullesebücher zu sprechen, diesen etwas wunder Punkt geistigen Einwirkens auf die jungen Hirne und Herzen. Trotz aller Versuche und Mühen, ihn zu überwinden, bleibt das Grundsätzliche noch immer so: Copsinger sagt: Das erste Bildungsmittel gegen den Lesehunger ist die natürliche Veranlagung des jugendlichen Geistes, also der Gesellschaftsunterricht und im besonderen das Lesen in der Schule selbst. Das Lesen in der Schule muß etwa vom 10. Jahre an mehr eine Schullesearbeit als ein Unterrichtsfach sein. Die besten Gelegenheiten und Veranlassungen, die Kinderbücher und Zeitschriften, die ständige Lesart nehmen einen viel zu heissen Raum ein, unterordnen den konstanten Verlauf der Kinder fortwährend und langweilen sie, weil viele Lesarten und lange Predigt unendlich sind. Wollen wir hoch in der besten Welt alles den Kindern in ihren Mägen zur Lebenszeit mitgeben, was wir selbst in einem langen Leben als notwendig erkannt haben? Der Schüler muß aber ein junges Leben führen, das seinem Alter gemäß ist. Wir müssen unsere Lesestoffe dem Inhalte nach spannend und fesselnd, möglichst klar und bestimmt. Die Lesemethode muß überall zurücktreten, wo die natürliche Vorliebe des jugendlichen Geistes und Lebens ausreicht. Die gute Schullesearbeit, die Lebensworte, die historische Darstellung wird durch sich selbst mehr als die herabgegebene Lesart, und es ist eine selbstverständliche, in der Erziehungslehre der Jugend begründete Tatsache, daß sich die Schüler aus ihren Lesestoffen die Freude am Lesen selbst nehmen. Sie nehmen dieselben aber mit der ganzen lebendigen Umgebung, in die sie der Lehrer gestellt hat und halten sie als konkret gefaßt Beispiele vor, treuer, als die abstrakte Lesart. Die Lesebücher sämtlicher Schulstufen sind daher unter den Gesichtspunkten weitestgehender, größerer, bondungsbereiter, literarisch wertvoller Lesungen mit härterer Betonung der guten Töne notwendig einer Verbesserung zu unterliegen, wenn man diese Lesungen nicht schon besser in eigenen klugen Händen als Stoffe einführen will. Diese Lesart ist möglichst als Selbstarbeit des Schülers zu pflegen, die unterrichtliche Auswertung hat mit weiser Zurückhaltung den ethischen Wert und die Weisheit der Form zum Bewußtsein zu bringen. Die beste Einprägung und Wiederholung der Lesarten ist aber das Wiederlesen des Ganzen. Müht man so die Lesestunden wirklich mit Lesen aus, d. h. beansprucht man sie wieder für ihren Zweck,

